

„Wie sich Luxemburg im erweiterten Europa behaupten kann" in Luxemburger Wort
(30. April 2004)

Legende: Élogieux à l'égard de la méthode communautaire, qui garantit la participation des petits États dans la prise de décision des institutions européennes, Willy Muller, Directeur honoraire de la Commission européenne, souligne l'importance de la personnalité et de l'ambition européenne des hommes politiques luxembourgeois pour le maintien d'un rôle influent du Grand-duché dans une Union élargie.

Quelle: Luxemburger Wort. Für Wahrheit und Recht. 30.04.2004. Luxemburg: Imprimerie Saint-Paul.

Urheberrecht: (c) Imprimerie Saint-Paul s.a.

URL:

[http://www.cvce.eu/obj/wie_sich_luxemburg_im_erweiterten_europa_behaupten_kann"_in_luxemburger_wort_30_april_2004-de-3ea2a006-031e-41a2-b200-2bc0392a7f26.html](http://www.cvce.eu/obj/wie_sich_luxemburg_im_erweiterten_europa_behaupten_kann)

Publication date: 18/09/2012

Wie sich Luxemburg im erweiterten Europa behaupten kann

Europa wird größer, stärker und komplizierter

Ob heute 80 oder 85 Prozent aller großen wirtschaftspolitischen Entscheidungen auf europäischer Ebene entschieden und nur noch national umgesetzt werden, wie Jacques Delors bereits vor mehr als zehn Jahren als Präsident der Europäischen Kommission verkündete, oder ob es bloß 70 oder 75 Prozent sind, braucht keiner Arbitrage. Aufmerksame Beobachter wissen, dass die Rahmenbedingungen längst nicht mehr national festgelegt, sondern von den Regierungen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union gemeinschaftlich entschieden werden. Gemeinschaftlich und freiwillig, sollte man betonen, ganz besonders deshalb weil es zu den Gepflogenheiten mancher Regierungen gehört, unangenehme Auswirkungen auf „Brüssel“ abzuladen, um sich von Entscheidungen freizukaufen, die sie gemeinschaftlich mitgetragen und manchmal sogar initiiert haben. In diesen Fällen sollte der Bürger wissen, dass Brüssel nichts mehr ist als die Hauptstadt Belgiens, aber gerne als Sündenbock Europas ins Feld geführt wird.

Europäisch getroffene Orientierungen sind für kleine Länder grundsätzlich von Vorteil, da sie das gemeinschaftliche Interesse anpeilen und kleine Länder im europäischen Wettbewerb kaum in der Lage wären mit nationalen Einzelgängen der Großen mitzuhalten. Das gilt, mit Ausnahme einzelner Nischen, ganz besonders für Luxemburg, den kleinsten Partner der Union. Ohne Schwächeanfällen zu erliegen, sollten wir bewusst bleiben, dass wir ab 1. Mai 2004 in der um 10 auf 25 Mitgliedstaaten erweiterten Union mit 450 000 Einwohnern von insgesamt 450 000 000 (450 Millionen) europäischer Bürger genau ein Tausendstel darstellen und trotzdem verpflichtet sind, auch weiterhin unsere recht ansehnliche Stellung zu behaupten. Diese war noch niemals so groß in unserer Geschichte als in der heutigen europäischen Völkergemeinschaft. Dank ihr bestimmen wir politisch mit, unsere Wirtschaft entfaltet sich frei in einem großen und reichen Markt, in dem wir uns – dank Einsatz, Mut und etwas Tüchtigkeit – einen vorher nie gekannten Wohlstand erarbeiten konnten. Das dürfte auch in Zukunft so bleiben, vorausgesetzt dass wir uns den neuen Bedingungen anpassen, clochemerlschen Reflexen entsagen, das Heil nicht von anderen erwarten und unsere Zukunft auch weiterhin in die Hand nehmen. Das wird aus dem ganz einfachen Grunde kein Selbstverständnis sein, da sich europa- wie auch weltweit die Rahmenbedingungen, besonders der Wettbewerb, wirklich verändert haben, wie jeder Zeitungsleser inzwischen festgestellt haben dürfte. Protestmärsche hinter grünen und roten Fahnen, wie sie in manchen Nachbarländern, ab und zu auch bei uns, veranstaltet werden, können zwar Gewerkschaftsmitglieder bei der Stange halten, haben aber bisher weder strukturelle noch konjunkturelle Krisen gelöst, noch haben sie Arbeitskräfte geschaffen.

Gegen den schärferen Wettbewerb von außen bloß mit Protesten zu reagieren, ob dieser nun aus der Europäischen Union, aus den neuen ihr beitretenden Mitgliedstaaten, oder aus den am Weltmarkt vordrängenden ehemaligen Entwicklungsländern stammt, ist zum Scheitern verurteilt. Bedenken wir, dass unsere Wirtschaft, die weit mehr als drei Viertel ihrer Produktion exportiert, uns auf diese Weise bereichert hat. Sie kann somit den freien Handel, das heißt das Wesentliche der Mondialisierung, nicht verdammen, sondern muss sich ihr stellen. Wir können im besten Falle eine „Zivilisierung“ der Mondialisierung anstreben. Diese wird allerdings von keinem einzigen Land der EU allein durchgesetzt werden können, sondern wird eventuell dank den vereinten Kräften der Europäischen Union erfolgen können, vorausgesetzt dass die großen Weltpartner mitmachen und dass auch den Interessen der zwei Milliarden Menschen Rechnung getragen wird, die heute in der Welt noch täglich, oft erfolglos, gegen Hunger und Krankheiten kämpfen, auch den Erwartungen jener Staaten, wie China und andere asiatischen Nationen, die endlich die Chance sehen, auch von den Früchten des Weltmarktes ihren Teil abzubekommen.

EU-Erweiterung als Bremse

Jede EU-Erweiterung, und das wird auch bei der bevorstehenden fünften nicht anders sein, hat eine bremsende Wirkung auf den Fortgang der Geschäfte zur Folge gehabt. Sie blieben allerdings zeitlich begrenzt und waren meist weniger einschneidend als die inneren Krisen, welche die Gemeinschaft selber hervorbrachte. Das Verdienst daran hatten in allen Fällen die neuen Mitgliedstaaten, die sich auf den Beitritt gewissenhaft vorbereitet und ihn mit dem festen Vorsatz des Erfolges antraten, wie auch wir dies in den Gründerjahren der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und der Europäischen

Wirtschaftsgemeinschaft taten.

Neue Fortschritte werden von den europäischen Akteuren abhängen und vom guten Funktionieren bewährter Institutionen. Diese sind die wahre Originalität der Europäischen Union. Gesucht werden also tüchtige und mutige Staatsmänner, Hell- und Weitseher, erforderlich sind neue Ziele und Kräfte der Überzeugung, weiter gebraucht werden Diplomaten und Diener, die mit Geschick und Ausdauer die bewährte Gemeinschaftsmethode in Bewegung halten. Leicht wird es nicht werden. Denn dem Beispiel junger Paare folgend hat Europa erneut seine Partner vor der Verlobung geheiratet, so dass man jetzt Zeit braucht sich aneinander zu gewöhnen.

Die Gemeinschaftsmethode: was ist das?

Sie besteht aus dem täglichen Zusammenspiel der Europäischen Institutionen: der Europäischen Kommission, in der unabhängige Persönlichkeiten aus den Mitgliedstaaten das Initiativrecht ausüben und dem Allgemeinwohl verpflichtet sind, dem Ministerrat (Rat der Minister der nationalen Regierungen), welcher die Interessen der Mitgliedstaaten wahrnimmt, dem Europäischen Parlament, das die europäischen Völker vertritt, dem Europäischen Gerichtshof, der Rechtssicherheit garantiert und dem Rechnungshof, der die Finanzen kontrolliert. Dem vor jeder Entscheidung zusammenarbeitenden Dreiecksgespann Kommission – Ministerrat – Parlament dient der Wirtschafts- und Sozialrat als Zuarbeiter. In ihm vereinen sich die Kräfte der Zivilgesellschaft, Unternehmer, Arbeitnehmer-Vertreter, Verbraucher u.a.. Der Rat der Regionen nimmt vom Gelände aus an den Vorbereitungen teil, sozusagen von unten. Eine ganz besondere Rolle spielt der so seltsam betitelte Coreper (Comité des Représentants permanents – Rat der ständigen Vertreter); er besteht aus Diplomaten und hochrangigen Regierungsbeamten, die ständig am Sitz der Kommission arbeiten und dort deren Vorschläge unter die Lupe nehmen, unter sich beraten und mit ihren Regierungen erörtern bevor sie entscheidungsreif werden. Über diesem Heer von Politikern und Sachverständigen verschiedener Herkunft und unterschiedlicher Ausrichtungen thront, losgelöst von den unter ihnen drehenden Räderwerken, der Europäische Rat der Staats- und Regierungschefs, der sich vier Mal im Jahr trifft, um Impulse in europäischer und ab und zu in Weltpolitik zu geben. Oder auch nicht. Er tagt sozusagen am Kamin und am erfolgreichsten ohne Akten, wenn er aus Kopf und Herz heraus, mit Rückschau auf die Geschichte und Blick in die Zukunft europapolitische Weichen stellt. Der Bekanntheitsgrad seiner Mitglieder, manchmal auch die Dramatik der vor ihm aufgetürmten Probleme, wie zur Zeit die terroristischen Bedrohungen, hat seit seinem Bestehen im Jahre 1974 zu seinem weit über Europa hinaus reichenden Ruf beigetragen.

Alles in allem besteht der europäische Entscheidungsprozess aus einer Vielzahl von Konsultationen und Beratungen, die ihm seine demokratische Legitimierung verleihen. Niemals zuvor ist in Europa so eng und intensiv zusammengearbeitet worden, und dies hat im Laufe der Zeit nicht nur zu einer Vernetzung der Interessen geführt sondern auch ein Klima des Vertrauens zwischen den Vertretern der europäischen Völker geschaffen. Bei der Vorbereitung europäischer Entscheidungen arbeiten europäische und nationale Beamten und oft auch Vertreter der Regionen eng, und oft sogar freundschaftlich zusammen. So ist, um ein Beispiel anzuführen, das europäische Leader-Programm zur ökonomischen, menschlichen und kulturellen Belebung unserer herrlichen landwirtschaftlichen Regionen zwar von den Landwirtschaftsministern auf Vorschlag der europäischen Kommission beschlossen worden, doch haben an seiner Vorbereitung europäische, nationale und regionale Beamten und Animatoren mitgearbeitet, jene also, denen auch die Durchführung an Ort und Stelle obliegt.

In seinen Anfang dieses Jahres erschienenen „Mémoires“ (Plon, 511 Seiten) kommt Jacques Delors, der während der Rekorddauer von zehn Jahren und zwei Monaten die europäische Kommission leitete, immer wieder auf die „méthode communautaire“ (Gemeinschaftsmethode) zurück, die allein den Zusammenhalt und den Fortschritt in Europa gewährleistete. Er spricht mit Begeisterung von der Fruchtbarkeit der kollegialen Diskussionen, die regelmäßig innerhalb der Kommission über notwendige Vorhaben stattfinden, und dem Interesse der Kommissare an der Ausarbeitung von Lösungen im höheren europäischen Interesse. Natürlich komme es vor, dass die Kommissare auch für ihre nationalen Belange eintreten und um deren Berücksichtigung bitten. Doch schließlich einigen sich die Kommission auf einem gemeinsamen europäischen Nenner, zu dem sie im Übrigen verpflichtet ist. Interessant sei, dass immer wieder europäische

Regierungen von „ihrem“ oder „ihren“ Kommissaren (deren Ernennung sie zwar empfehlen, die aber weisungsunabhängig sind) aus direkter Hand erfahren wollen, weshalb die Kommission sich zu diesem oder jenem Vorschlag entschieden habe. „On ne peut pas comparer la Commission à un gouvernement national. Elle est au service de tous ceux qui exercent une influence et doit dialoguer avec eux“, schreibt Delors. Die Kommission ist also kein Machtzentrum, sondern ein mächtiges Konzeptionsorgan im europäischen Interesse. Erst wenn ihr die Regierungen Ausführungsbefugnisse übertragen haben, und in einigen in den Verträgen vorgesehenen Bereichen, wie bei der Wettbewerbspolitik beispielsweise, entscheidet sie autonom, aber nach den erforderlichen Konsultationen, die in allen wichtigen Fällen auch die Regierungen erfassen.

„Les fondateurs ont voulu des institutions fortes et des règles de droit qui permettent aux Etats de vivre ensemble, d'acquérir un esprit commun et de garantir l'efficacité. D'où, pour rappeler d'une manière simple le dispositif communautaire, la coexistence de deux législatifs – le Conseil des ministres et le Parlement européen –, de deux exécutifs – le Conseil des ministres et la Commission, celle-ci dotée du monopole du droit d'initiative–, et enfin d'un judiciaire, la Cour de Justice – Ce Système a prouvé son efficacité pendant des années et des années.“

Die so von Delors gelobte Gemeinschaftsmethode ist eine auf Entscheidungsverteilung beruhende institutionelle Mechanik, die Machtmissbräuche weitgehend ausschaltet. Sie trägt dem besonderen, einmaligen und unfertigen Charakter der Europäischen Union Rechnung. Diese ist mehr als eine Föderation von Staaten, aber weder eine autonome Föderation noch ein Nationalstaat, sie ist ein völlig neues Gebilde, das in keine klassische Schablone hineinpasst, und außerdem eine politische Realität, die sich von Vertrag zu Vertrag weiterentwickelt. So haben beispielsweise die Verträge von Maastricht, Amsterdam und Nizza zu neuen Souveränitätsverlagerungen von den Nationalstaaten auf die Union geführt. Dies geht in kleinen Schritten vor sich, Macht ist eine Ware, die man nur ungern preisgibt. Insgesamt ist jedoch in fünfzig Jahren viel passiert, besonders die Befugnisse des Europäischen Parlaments sind erheblich erweitert worden.

Allerdings, während Europa tief in das tägliche Leben der Nationen und besonders auch der Bürger eingedrungen ist, bleiben die institutionellen Subtilitäten für den Bürger schwer lesbar. Dieser Mangel an Transparenz bringt es mit sich, dass Europa, besonders in Krisensituationen, eher beunruhigt als beruhigt, und oft langweilt, wo es doch begeistern sollte.

Besonders kleinen Mitgliedstaaten, die nicht über die Aktionsmittel der Großen verfügen, bieten die Institutionen insofern Schutz als die Kleinen in allen Fällen mit den Großen am Tisch der Beratungen und Entscheidungen sitzen. Das oben beschriebene Funktionieren des europäischen Räderwerks dient nicht nur der immer wieder notwendigen Information des interessierten Bürgers, es soll diesen auch davon überzeugen, dass alle politischen und zivilen Interessenten an der Erarbeitung europäischer Entscheidungsentwürfe teilnehmen können und dass viel vom Fleiß abhängt mit dem sie dies tun, oder nicht. Vielleicht liegt hierin eine der Erklärungen dafür, dass bisher in der Europäischen Union niemals die wesentlichen Interessen eines Mitgliedstaates missachtet wurden, was ein so erfahrener Europäer wie Albert Borschette zu betonen nicht müde wurde. Die Erkenntnis hatte ihn in seiner langjährigen Karriere als Unterhändler der Römischen Verträge (EWG und Euratom), als Ständiger Vertreter der Luxemburger Regierung bei den europäischen Institutionen und schließlich als Mitglied der Europäischen Kommission tief beeindruckt.

Gerät Luxemburg im erweiterten Europa unter die Räder?

Der Anfang April erschienene Jahresbericht des Wirtschaftsund Sozialrates (WSR) unseres Landes streicht erfreulicherweise die Bedeutung der europäischen Politik für unser Land hervor. Laut WSR geht es dabei um zwei Aspekte: einerseits um unsere aktive und nützliche Mitarbeit in der erweiterten Union und andererseits um die wirksame Vertretung unserer spezifischen nationalen Interessen. Erwähnt werden als aktuelle Beispiele die eventuelle künftige Erhebung der Mehrwertsteuer im Herstellungs- oder im Ursprungsland, sowie die Besteuerung und soziale Absicherung der Grenzgänger in ihrem Heimat- oder im Land ihrer Berufsausübung. In beiden Dossiers stehen für uns erhebliche finanzielle Interessen auf dem Spiel.

In seinem Buch „Mémoire vivante“ (Flammarion) schreibt Raymond Barre, langjähriger Vize-Präsident der Europäischen Kommission und späterer französischer Regierungschef: „Il est vrai que les hommes ont beaucoup compté, pas seulement les chefs d'Etat et de gouvernement. Il est certain qu'Helmut Schmidt, par exemple, ou Colombo en Italie après de Gaspari ou encore Werner, ont exercé une grande influence. Le Luxembourg est un petit pays, mais il joue un rôle...“

Jacques Delors zitiert in demselben Sinne den europäischen Einfluss von Gaston Thorn, dessen Erfahrung er schätzte (S.183 der oben zitierten „Mémoires“), von Jean-Claude Juncker, den er „une des stars du Conseil européen“ nennt (S.219), Jacques Santer „grand militant européen, plein d'expérience“, Außenminister Jacques Poos (S.219). „Petit pays, grande présidence“, lobt er Luxemburg (S.219), als unser Land den Vorsitz der Union führte. Er erzählt wie Jean-Claude Juncker im Vertrag von Amsterdam dank seines sehr aktiven Vorsitzes die Grundzüge der Beschäftigungspolitik durchsetzte, wie ihn (Delors) Mathias Hinterscheid als Generalsekretär des europäischen Gewerkschaftsbundes beim Sozialdialog mit den britischen Gewerkschaften unterstützte. Wie Raymond Barre spricht Delors bewundernd von der Vorreiterrolle von Pierre Werner bei der schwierigen Erarbeitung der Wirtschafts- und Währungsunion, die zum Euro führte. Er zitiert Jean-Claude Juncker, der in einer entscheidenden Phase dieses Dossiers für Großbritannien die Formel des opting-out erfand, die Währungsunion ermöglichte und es gleichzeitig den Briten freistellte, daran vorerst noch nicht teilzunehmen, bis später, wie man glaubt. Hätte man die Einstimmigkeit abwarten müssen, dann gäbe es heute keinen Euro. Dann wären, wie so oft in der Vergangenheit, bei der rezenten Talfahrt des Dollars die europäischen Währungen auseinander gedriftet, die starken nach oben, die schwachen nach unten, mit den so oft in der Vergangenheit erlebten negativen Konsequenzen für die Währungen und den Handelsaustausch.

Diese Beispiele werden hier bloß zur Information und nicht aus Hurra-Patriotismus angeführt. Da sie aus zwei Memoiren-Bänden stammen, sind sie notgedrungen fragmentarisch, manche und vieles vergessend, besonders auch die kniffligen Dossiers, die unter luxemburgischer Präsidentschaft der Union erfolgreich erledigt wurden: das Spektrum reicht von der Politik des leeren Stuhles unter Charles de Gaulle über den britischen Beitrag zum Haushalt der Union bis zur bahnbrechenden „Einheitlichen Europäischen Akte“ und den Beitrittsverhandlungen mit den mittel- und osteuropäischen Staaten. Nicht suspekte ehrliche Maklerei, Sprachgewandtheit, Aufgeschlossenheit den Partnern gegenüber, intimes Studium der zu lösenden Probleme, aber auch der Ehrgeiz auf der europäischen Bühne Ergebnisse zu erzielen waren Triebfedern des Erfolgs. Er führte nicht nur dazu, dass luxemburgische Europa-Politiker in Memoiren öfter zitiert werden als andere, sondern auch dazu, dass sie geschätzt und bei der Wahrnehmung mancher eigener Interessen auch mit dem guten Willen ihrer Partner rechnen konnten.

Was unserem Land auf der europäischen Bühne bisher gelang, dürfte auch morgen in einer erweiterten Union möglich sein.

Zur Integration Europas in die luxemburgische Politik empfiehlt der Wirtschafts- und Sozialrat eine enge organische Vernetzung aller Interessenten bei der Beratung anstehender Themen: also die Schaffung organisierter Konsultationsmechanismen zwischen Regierung, Verwaltungen, europäischen und nationalen Parlamentariern, sowie den Organen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

Empfehlenswert erscheint dem Autor dieses Beitrags auch eine systematische Einbindung nationaler Themen in den größeren europäischen Rahmen. Ginge den wichtigsten Regierungsdokumenten eine europäische Einleitung voraus oder enthielten sie ein solches Kapitel innerhalb des Dokumentes, so wäre dies für alle Akteure der Verwaltungen, der Zivilgesellschaft und der Politik von Nutzen. Sicher geschieht dies in manchen Fällen, da unsere nationalen Anliegen sich längst nicht mehr in ihrer mikrokosmischen Dimension erschöpfen, sondern über Arlon, Thionville und Trier hinausreichen. Auch die Zustellung eines europäischen Informationsdienstes an unsere nationalen Deputierten dürfte hilfreich sein. Allenfalls sollte es zwischen der nationalen und der europäischen Politik keinen Graben mehr geben sondern einen fließenden Übergang. Europäische Politik ist längst keine Außenpolitik mehr, sondern weitgehend auch Innenpolitik. Leider scheint diese Erkenntnis ihren Einzug noch nicht oder nur ungenügend ins Hohe Haus am Krautmarkt gefunden zu haben. Dort sind die Debatten jenen der Gemeinderäte oft näher als denen des Europäischen Parlaments.

Von den nationalen und den Europa-Parlamentariern aus sollten an Themen des täglichen Lebens der Bürger gebundene Impulse ausgehen und in der Bevölkerung wirksam werden. Die Union soll nicht nur von oben nach unten sondern auch von unten nach oben entstehen. Dies ist der tiefe Sinn der von der Europäischen Kommission empfohlenen Subsidiarität, die im Endeffekt einer Partnerschaft bei der Lösung gemeinsamer Aufgaben gleichkommt. In den föderal und regional organisierten Nationen, und ganz besonders in den kleinen Staaten wie Luxemburg, gehört die Nähe der Bürger zu den politischen Themen und Akteuren zur tief verankerten Tradition. Die Volksnähe wird um so erfolgreicher sein je besser es die politischen und auch anderen Akteure fertig bringen werden, auch die ab und zu komplexen europäischen Sachgebiete in der Sprache der Menschen darzustellen. Auch diese populäre europäische Durchblutung unserer nationalen Belange wird Teil unseres künftigen Erfolges in der Union sein. Sie sollte allenfalls keine Illusion bleiben, wo wir doch den Karlspreis für europäische Tüchtigkeit bereits vor Jahren entgegen genommen haben ...

Die Besten gehören auf die europäische Bühne

Jacques Delors lässt in seinen „Mémoires“ keinen Zweifel an den zu erwartenden Schwierigkeiten mit 25 Mitgliedstaaten und sieht auch für die Kommission mit 25 Kommissaren und 20 Sprachen Startprobleme voraus. Es wird somit auch für ein kleines Land auf der breiteren Bühne nicht leichter werden.

Dies voraussehend hatte Delors bereits im Jahre 2000, vier Jahre vor dem Termin, die Schaffung einer Avant-Garde vorgeschlagen, sozusagen eines Schrittmacher-Teams, welches das Peloton anführen und nachziehen sollte. Der deutsche Außenminister Joschka Fischer hieb in dieselbe Kerbe als er von der Notwendigkeit eines Initiativen produzierenden Gravitätszentrums sprach. Die Idee fand ihren Niederschlag in den Verträgen von Amsterdam und Nizza in Form einer „verstärkten Kooperation“ („coopération renforcée“), die es zwischen den Mitgliedstaaten geben sollte, die bereit und fähig sind schneller als andere voranzuschreiten. „C'est à cette condition – et à cette condition seulement – qu'on évitera la dilution du projet européen“ (S.465 der „Mémoires“).

Hier tut sich für erfahrene Politiker und Beamten ein komplexes aber weites Betätigungsfeld auf. Hier kann unsere Rolle als Initiator und Vermittler Erfolge und neue europäische Profilierung in Aussicht stellen.

Zu den Politikern, die wir in Europa in bester Qualität brauchen, gehören auch unsere europäischen Parlamentarier, deren wir bei den kommenden Wahlen 6 ins 732 Mitglieder starke Parlament nach Straßburg wählen werden. Nur die Besten sind dafür gerade gut genug. Die Wähler sollten sich dessen bewusst sein. Unsere Parlamentarier werden es noch schwerer haben als bisher, sich in Straßburg und Brüssel Ansehen zu verschaffen und gelegentlich unsere wesentlichen Interessen in den Fraktionen, Ausschüssen und im Plenum verständlich zu machen. Auf der Straßburger Bühne sind erfahrene Vertreter gefragt, die hart arbeiten, schwierige Dossiers meistern und mit Geschick und sprachgewandt Konsense herbeiführen können Auch hier gilt: je kleiner das Land, um so größer sein äußerer Aktionsradius. In diese Richtung gilt es umzudenken, oder unter der Käseglocke zu verschwinden.

Wer, wie der sozialistische Spitzenkandidat bei den kommenden Wahlen, unsere Außenpolitik damit kurzfasst, Jean-Claude Juncker glänze in deutschen Medien, Lydie Polfer nehme Photo-Termine im Ausland wahr und Charles Goerens verrichte sympathische und wirksame Arbeit, der ist nicht nur weit davon das Wesentliche erfasst zu haben, er hat auch den Beweis erbracht, dass ihm Kirmes-Kalauer geläufiger sind als die Zukunftspolitik, die wir brauchen.

Willy Muller
Ehren-Direktor der
Europäischen Kommission